

MARKTGEMEINDERAT

Holpriger Start in Mobilität der Zukunft

Elektroautos sind noch relativ teuer, die Technologie ist noch nicht ausgereift und die Infrastruktur sehr lückenhaft. Trotzdem springen immer mehr Kommunen auf den Elektro-Zug auf. Auch Prien will ein E-Auto zum Ausleihen anbieten.

VON DIRK BREITFUß

Prien – „Euregio-Interreg-Projekt ‚Multi Modale Mobilitätsregion-Oberbayern-Unterinntal‘: E-Mobilität/Car-sharing“: Dieses Wortungemüß war der Tagesordnungspunkt 4 der jüngsten Sitzung des Haupt- und Werk Ausschusses des Marktgemeinderats. Hinter diesem Bandwurmbezug verbirgt sich ein landkreis- und sogar länderübergreifendes Gemeinschaftsprojekt, dessen Kosten zu drei Vierteln aus einem europäischen Förderpotopf gedeckt werden. Seit Anfang dieses Jahres haben etwa 40 Kommunen aus sechs deutschen und österreichischen Landkreisen ihre Absicht erklärt, mitzumachen.

LKZ-Feldversuch belegte 2014/15 Alltagstauglichkeit

Weil nach den Förderrichtlinien gar nicht so viele Kommunen mitmachen dürfen, treten nun die Landkreise als „Partner“ des Projekts auf und die Gemeinden als „Teilnehmer“. Das wurde im jüngsten Vorbereitungstreffen in Wörgl in Tirol bekannt.

Auch der Markt Prien will mitmachen. Während es in einigen Nachbargemeinden schon kommunale Einsatzfahrzeuge gibt, die mit Strom



Dieses Elektroauto wurde 2014/15 in einem LKZ-Feldversuch von 19 Priener Unternehmen auf seine Einsatzbarkeit im örtlichen und regionalen Verkehr getestet und für tauglich befunden. Unser Bild zeigt beim Auftanken mit Strom (von links) Herbert Langmann, Vorsitzender der Initiative „Strom vom Schuldach“, Dr. Herbert Reuther, Vorsitzender des Gewerbevereins PrienPartner, LKZ-Geschäftsführer Karl Fischer und „Chiemse-E“-Projektleiter Marko Just. FOTO ARCHIV BERGER

angetrieben werden, ist Prien diesbezüglich noch ein weißer Fleck auf der Landkarte.

Das Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ) hatte 2014/15 ein Jahr lang im Projekt „Chiemse-E“ ein E-Auto („Smart fortwo electric drive“) an 19 Unternehmen verliehen und die Alltagstauglichkeit gerade im innerörtlichen Verkehr mit kurzen Distanzen nachgewiesen. Am Ende des Feldversuchs im September 2015 hatte die Gemeinde den Bahnhof als potenziellen Standort für eine Strom-Tankstelle ins Visier genommen. Die Pläne für die Umgestaltung des Bahnhofsareals stocken seit Monaten und so geht auch in Sachen öffentliche Ladestation nichts voran.

Bisher gibt es in Prien drei

solcher Zapfsäulen, die alle privat betrieben werden. Im Yachthotel Chiemsee beispielsweise können E-Auto-Besitzer, die dort Quartier beziehen, ihr Elektroauto kostenlos aufladen, andere E-Auto-Fahrer können dies gegen Bezahlung.

In der Chiemseekonferenz vor kurzem in Greimharting (wir berichteten) drehte sich alles um Elektromobilität. Sie kann eine Alternative zu herkömmlichen, fossilen Brennstoffen bieten. Darin waren sich die Fachleute einig. Sie wussten aber auch, dass es dafür nicht nur technologische Verbesserungen braucht, sondern auch für ein besseres Image der E-Autos die Werbetrommel noch kräftig gerührt werden muss. Auch eine solche Kampagne

gehört zum geförderten Car-sharing- (Autoteilen) Projekt.

Die Kommunalpolitik hatte sich schon im Frühjahr damit beschäftigt und grundsätzlich die Weichen zur Teilnahme gestellt. In Wörgl wurden nun massive Kostensteigerungen bekannt, erläuterte Sabrina Stutz von der Bauverwaltung im Hauptausschuss. Sie kümmert sich im Rathaus um das Vorhaben.

Größter Kostenfaktor ein Drittel höher als zunächst kalkuliert

Für Bewusstseinsbildung soll jede Gemeinde 1750 Euro Eigenanteil zahlen (bei einem Fördersatz von 75 Prozent entspricht das tatsäch-

lichen Kosten von 7000 Euro), für ein geleastes Car-Sharing-E-Fahrzeug 11750 Euro (von 47000 Euro) und für die komplette Ladeinfrastruktur 14750 Euro (von 59000 pro Kommune). Für diesen letzten Posten waren die Kosten beim vorangegangenen Treffen der Beteiligten noch um ein Drittel niedriger angesetzt worden.

Hinzu kommt, dass sich eine Kommune mit der Teilnahme verpflichtet, nach Ende des dreijährigen Versuchszeitraums das Carsharing-Modell für mindestens zwei Jahre fortzusetzen, bei Kosten von monatlich rund 500 Euro. Unterm Strich geht der Markt Prien durch sein Ja also eine finanzielle Verpflichtung von 50000 Euro ein.

Das erschien einigen Ge-

meinderäten nun doch zu viel, besonders vor dem Hintergrund, dass das E-Auto der Kommune dann nicht gehört. Ludwig Ziereis (CSU), der sich als Unternehmer erst kürzlich intensiv mit Anschaffungskosten von Elektroautos beschäftigt hatte, gab zu bedenken, dass ein solches Fahrzeug schon für rund 16000 Euro zu haben sei – die 4000 Euro staatliche Förderung, die es beim Kauf gibt, schon abgezogen.

„Ich gebe Ihnen recht“, stimmte Bürgermeister Jürgen Seifert zu. Angesichts der gestiegenen vorausgesagten Kosten komme man langsam in den Bereich, wo man auch Eigentum erwerben könnte. Das sahen eine ganze Reihe von Ausschussmitgliedern genauso.

Andere gaben zu bedenken, dass es ein falsches Signal, ja fast eine Art „Boycott“ in Richtung Solidargemeinschaft wäre, wenn Prien in diesem Stadium der Projektplanung plötzlich aussteigen würde.

Etwa eine halbe Stunde wurden lebhaft Argumente ausgetauscht – bis Geschäftsführer Andreas Hell auf einen Satz verwies, der in der Tischvorlage der Räte stand: „Eine erneute Absichtserklärung zur Teilnahme am Projekt war nötig, welche aus Termingründen bereits durch die Verwaltung erfolgt ist“ – inklusive der gestiegenen Kosten. Um eine Frist einhalten zu können, hatte das Rathaus also schon zugesagt. Die Diskussion war also müßig.

Am Ende votierte der Ausschuss dann geschlossen für die Projektteilnahme zu den aktuellen Konditionen, nahm sich aber auch vor, in einer der nächsten Sitzungen nach dem Motto „Das eine tun, das andere aber nicht lassen“ darüber zu beraten, ob der Markt Prien nicht für den Eigenbedarf auch ein E-Fahrzeug anschaffen sollte.